

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg



In dieser Ausgabe:

Streitpunkt Afghanistan
Kinderkommission im Gespräch
Bewegung bei erneuerbaren Energien
Diskussion um Hartz IV
Mediengesetz Ungarn

Dioxin - Skandal

Ursachenbekämpfung vom Acker bis zum Teller

Dioxin-Skandal: Ursachenbekämpfung vom Acker bis zum Teller.....	Seite 03
von Kirsten Tackmann	
Die Afghanistan-Katastrophe	Seite 04
von Wolfgang Nešković	
Kinderkommission im Gespräch mit dem Bundespräsidenten	Seite 06
von Diana Golze	
Erneuerbare Energien - Gesetze in Bewegung	Seite 07
von Sabine Stüber	
Bei Hartz IV geht es um Menschenwürde	Seite 08
von Dr. Dagmar Enkelmann	
Kein Prager Frühling in Budapest	Seite 09
von Thomas Nord	
Pressemitteilungen	Seite 10
Anträge, Anfragen & Initiativen	Seite 21
Anzeige	Seite 30
Kontakt	Seite 31
Impressum	Seite 32

Dioxin-Skandal:

Ursachenbekämpfung vom Acker bis zum Teller

von Kirsten Tackmann

Das war alles andere als ein ruhiger Jahresbeginn. Kaum war die letzte Silvesterrakete explodiert, platzte die Dioxin-Bombe: Ein Panscherei-Skandal in der Futtermittelindustrie erschütterte das politische Berlin. Tausende Höfe mussten vorsorglich gesperrt werden, ein Run auf Bio-Eier brach aus, der Schweinemarkt brach zusammen, gegenseitige Schulzuweisungen füllten die Medien.

Eine ganze Branche steht unter Verdacht. Dioxin ist zwar kein akut wirkendes Lebensmittelgift. Aber es reichert sich im Fett an und kann Krebs auslösen. Schwangere, Stillende und Menschen während einer Diät gelten als besonders gefährdet.

Einer Sondersitzung des Agrarausschusses in der vergangenen Woche folgte diesen Mittwoch eine Regierungserklärung der Verbraucherministerin Ilse Aigner. SPD und Grüne nutzten die Debatte für die anstehenden Landtagswahlkämpfe. Rücktrittforderungen und persönliche Angriffe sind aber schon deshalb unglaubwürdig, weil die Dioxin-Probleme das Erbe falscher Politik seit vielen Jahren sind und außer den LINKEN alle schon mal in Bundesregierungen koalitiert haben. Die einen reduzieren das Problem auf schwarze Schafe, die anderen tun so, als wäre Dioxin im Ökolandbau kein Problem.

Die LINKE dagegen konzentriert sich auf die wirklichen Ursachen. Ein Ergebnis ist der mit den roten Länderministerinnen eng abgestimmte Forderungskatalog.

Lebensmittel müssen sicher sein. Aber der Weltagrarmarkt ohne soziales und ökologisches Regelwerk erhöht die Risiken. Es muss möglichst viel produziert werden, um am Markt bestehen zu können. Die Futtermittel sollen leistungsfördernd, aber billig sein. Sie machen die Hälfte der Betriebskosten aus. In Futtermittel werden viele Zusatzstoffe zugemischt. Die dazugehörigen Rohstoffe werden weltweit gehandelt. Kriminelle verwenden unsichere Rohstoffe, wenn sie nur billig sind. Von niedrigen Löhnen ganz zu schweigen. Diese Fehler im System sind der Nährboden für Lebensmittelskandale. Das unter Renate Künast eingeführte QS-Eigenkontrollsystem der Branche mit punktuellen behördlichen Kontrollen ist an diesen Risiken gescheitert.

Stattdessen wird ein unabhängiges, von der Branche finanziertes Zertifizierungssystem für die gesamte Erzeugungskette vom Acker bis zum Teller gebraucht. Also eine Prozesskontrolle nach strengen gesetzlichen Vorgaben und ein behördliches Frühwarnsystem für das Versagen der Prozessüberwachung. So kann das Schadensrisiko sowohl durch kriminelle als auch fahrlässige Handlungen wenigstens reduziert werden. Die behördliche Lebensmittelüberwachung braucht eine bedarfsge-rechte personelle und finanzielle Ausstattung.

Unseren Forderungskatalog finden Sie: [HIER](#)



Die Afghanistan Katastrophe

von Wolfgang Nešković

Nein Jahre nach Beginn des Afghanistan-Einsatzes ist die soziale, politische, wirtschaftliche und humanitäre Situation in dem zentralasiatischen Land anhaltend katastrophal. Das Kabinett hat derweil zum dreizehnten Mal eine Verlängerung der deutschen Beteiligung am Afghanistan-Krieg beschlossen.

Während der Verteidigungsminister die Frage nach dem Abzugs der deutschen Soldaten im Mandat am liebsten wohl gar nicht erwähnt hätte, drängte Außenminister Westerwelle auf die Angabe eines Abzugstermins. Herausgekommen ist ein Formelkompromiss, der das Ende des deutschen Einsatzes tatsächlich völlig offen lässt. Die Bundesregierung wirft weiter Nebelkerzen.

Im zehnten Kriegsjahr bleibt das grundsätzliche Dilemma des Afghanistan-Krieges bestehen: Keiner kann sagen, was seine Ziele sind. Es gibt keine ehrliche Debatte darüber, was angesichts der völlig verfahrenen Situation eigentlich noch erreichbar wäre. Wir führen Krieg ins Blaue hinein.

Auch der zivile Wiederaufbau steht vor dem Scheitern. Die afghanische Zivilbevölkerung nimmt die Hilfsorganisationen zunehmend als Teil der militärischen

Besatzungsmacht wahr. Das liegt auch an der immer engeren Verwebung von Militär und Entwicklungshilfe, die gerade vom Entwicklungshilfeminister stark gefördert wird. Währenddessen steigt auch die Zahl der zivilen Todesopfer weiter an.

Die Kosten des Krieges belaufen sich laut der Afghanistan Study Group derweil auf ca. 140 Milliarden Dollar jährlich. Die Bundesregierung hat seit 2002 laut offiziellen Angaben 6,2 Milliarden Euro für den Einsatz ausgegeben. Die verdeckten Kosten freilich liegen weit höher. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung veranschlagt die tatsächlichen Ausgaben auf – je nach Abzugstermin – 18 bis 92 Milliarden Euro. Diese Rechnung bezieht die ungleich höheren menschlichen Kosten nicht mit ein. 46 deutsche Soldaten sind bislang ums Leben gekommen, eine weit größere Zahl kehrt mit unverarbeiteten traumatischen Kriegserfahrungen nach Hause zurück.

Von Fortschritt in Afghanistan kann keine Rede sein. Die Afghanistan-Strategie ist gescheitert. Die Verlängerung des Afghanistan-Mandats gibt deshalb, mehr denn je, Anlass zur Forderung: Raus aus Afghanistan!





Kinderkommission im Gespräch mit dem Bundespräsidenten

von Diana Golze

Sie haben bereits Traditionscharakter: Die Gespräche der Kommission für die Belange von Kindern beim Deutschen Bundestag zu aktuellen Fragen und Themen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, die nun von Christian Wulff fortgesetzt werden. Bei dem ersten Treffen seit der Wahl zum Bundespräsidenten standen die Stärkung der Talente und Begabungen der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund und die Stärkung der Rechte von Kindern und ihre Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen im Mittelpunkt.

Kommissionsmitglieder und Bundespräsident waren sich am Ende des Gespräches darin einig, dass vor allem die Projekte Erfolge erzielen, denen es

gelingt, bildungsferne Eltern mit einzubeziehen. Aber auch die Partizipation von Kindern war zentrales Thema. Wichtig sei vor allem, dass Kinder mit ihren Meinungen ernst zu nehmen sind, um ihr Interesse an Politik und ihren Institutionen zu befördern.

Wichtig ist dieses Bekenntnis des Bundespräsidenten zu mehr Beteiligung auch für eine weitere Verbesserung der UN-Kinderrechtskonvention. Für die Vorsitzzeit der Linken in der Kinderkommission im kommenden Jahr werden die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen Gegenstand mehrerer Fachgespräche sein. Denn auch wenn es sehr zu begrüßen ist, dass es auch in Brandenburg und auch in meinem Wahl-

kreis immer mehr Kinder- und Jugendparlamente gibt, bleibt in diesem Bereich viel zu tun.

Nicht zuletzt ist es nun Aufgabe der Politik, diese Strukturen auch ernst zu nehmen und den jungen Menschen zu zeigen, dass uns ihre Meinung und ihre Arbeit wichtig sind. Politik muss aber auch sicher stellen, dass es verlässliche Finanzierungen für die Orte gibt, die Kindern und Jugendlichen demokratisches Handeln nahebringen. Denn Demokratie muss man lernen. Wenn wir diese Strukturen nicht fördern, brauchen wir uns über mangelndes Interesse an Politik und abnehmende Wahlbeteiligung nicht zu wundern. Und daran werde ich als Kinderkommissionsmitglied auch den Bundespräsidenten gern erinnern.

Erneuerbare Energien Gesetze in Bewegung

von Sabine Stüber

Foto: Rainer Sturm pixelio.de

Es gibt eine schlechte und eine gute Nachricht.

Die schlechte ist, dass wiederum Gesetzesänderungen für die Erneuerbaren Energien auf der Tagesordnung stehen. Das passiert seit Jahren – fast schon ein Ritual – mit schöner Regelmäßigkeit und zum Verdruss der betroffenen Energieversorgungsunternehmen samt nachgelagerten Klein- und mittelständigen Unternehmen der Branche. Dabei wünschen diese sich nichts mehr, als dass etwas Ruhe und Kontinuität in ihren Arbeitsalltag einzieht. Bisher hat nach Einschätzung verschiedener Stadtwerke die betriebliche Angleichung an erneute Änderungen den Betroffenen unverhältnismäßig hohen bürokratischen Mehraufwand beschert.

Nun die gute Nachricht: Seit gestern gibt es in Abstimmung mit dem Bundesverband für Solarwirtschaft einen zusätzlichen Vorschlag des Bundesumweltministers zur Anpassung der Solarförderung an die Marktentwicklung. Die geplante weitere Absenkung der Vergütung soll schon im Sommer diesen Jahres wirksam werden. Damit wird auf den wirtschaftlichen Boom der Branche reagiert und die Bürger sollen mit der EEG-Umlage nicht über die Maßen belastet werden. Ein guter Ansatz, wir warten den Entwurfstext ab.

Ansonsten handelt es bei den Änderungen lediglich um notwendige gesetzliche Anpassungen an die EU-Richtlinie für Erneuerbare Energien. Darum kommen wir nicht herum, und deshalb ist es von Vorteil, dass die deutsche Gesetzgebung sich bisher schon an den absehbaren europäischen Vorgaben orientiert hat. Das bedeutet, es wird keine gravierenden Änderungen geben. Folgende Gesetze sind betroffen: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Erneuerbare-Energien-WärmeGesetz (EE-WärmeG) und die Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung (BioST-NachV). Drei Gesetzesänderungen – das klingt dann eher doch nicht nach guter Nachricht.

Was steckt drin in den Änderungen?

Die Energieversorger müssen einen Anteil aus erneuerbarer Energien ihres Stromangebotes nachweisen (Herkunftsnachweis). Die Informationspflicht von Netzbetreibern wird auf detaillierte Kostenvoranschläge und verbindliche Zeitangaben für Neuanschlüsse ausgeweitet.

Ab 2012 müssen auch für öffentliche Altbauten bei Erneuerung von Heizungsanlagen und bei Gebäuderenovierung 15% des Wärmebedarfs durch erneuerbare Energie gedeckt werden.

Biomasse zur Stromerzeugung muss ein Nachhaltigkeitszertifikat haben. Ist das z.B. für den Anlagenbetreiber unwissentlich gefälscht, wird dieser Stromanteil nicht nach EEG vergütet.

Im Bundestag gab es dazu letzte Woche eine öffentliche Anhörung. Experten der verschiedenen Interessengruppen waren aufgefordert, den Gesetzentwurf zu bewerten, begründete Kritik und Änderungswünsche einzubringen. So weit so gut. Aber einer der wichtigen Partner, der Städte- und Gemeindetag, fehlte. Viele Fragen von uns Abgeordneten aus verschiedenen Fraktionen gingen jedoch genau in diese Richtung und konnten daher leider nicht in die Debatte einfließen. Schade, denn gerade für die Kommunen bringt der Gesetzentwurf finanzielle Belastungen. Wir setzten uns als Bundestagsfraktion dafür ein, dass genau ausgelotet wird, wie die Anpassung an die EU-Richtlinie zu erreichen ist, ohne dass die Kommunen dabei so einschneidend belastet werden.

Was bedeutet das für wen?

Transparenz für den Stromkunden, Mehraufwand für Energieversorger, Verbesserte Planungssicherheit für Anlagenbetreiber gegenüber Netzbetreibern. Gut für Stadtwerke wie auch für die private Photovoltaikanlage auf dem Dach oder auf Stalldächern in Landwirtschaftsbetrieben.

Gut für die Umwelt und hat Vorbildwirkung, trifft finanzschwache Kommunen.

Hat ein Anlagenbetreiber unwissentlich Strom mit gefälschten Papieren eingekauft, wird er nicht mehr komplett von der günstigen EEG-Vergütung ausgeschlossen. Dabei werden Importe, wie Palmöl, gar nicht hinterfragt. Die Zertifikate beziehen sich nur auf Deutschland.

Bei Hartz IV geht es um Menschenwürde

von Dr. Dagmar Enkelmann

Bei den Auseinandersetzungen um Hartz IV im Vermittlungsausschuss sitzt Die LINKE in allen Arbeitsgruppen mit am Tisch. Das ist gut so. DIE LINKE erhält so wichtige Informationen, die Regierung, SPD und Grüne gern für sich behalten hätten. Vor allem aber fühlt Die LINKE den Hartz-IV-Parteien auf den Zahn.

Das war nicht von Anfang an gegeben. Bei den Gesprächen in der Hartz-IV-Arbeitsgruppe im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag sollte DIE LINKE - wie seit Jahren üblich - außen vor bleiben. Da hatten Regierungsparteien wie auch SPD und Grüne die Rechnung aber ohne DIE LINKE und das Bundesverfassungsgericht gemacht. Auf die Klage der LINKEN gegen ihren Ausschluss aus der Hartz-IV-Arbeitsgruppe und die vom Gericht angedrohte Einstweilige Verfügung lenkte die Koalition prompt ein und ließ für dieses Mal die Mitsprache der LINKEN zu. Um das grundsätzlich verfassungsrechtlich zu klären, hält DIE LINKE ihre Klage übrigens aufrecht.

Der Ausgangspunkt bei Hartz IV im Vermittlungsausschuss ist klar: Das Verfassungsgericht hat im Februar 2010 gefordert, dass jedem Menschen in diesem Lande nicht nur die physische Existenz, sondern auch ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe zu sichern

ist. Das ist keine Frage von Almosen, sondern eine grundgesetzlich zu garantierende Menschenwürde.

Zur Menschenwürde gehört für das Gericht: Der Regelsatz darf nicht nach denen bemessen werden, die bereits arm sind. Davon rückt die Regierung im Kern in ihren Berechnungen bis heute nicht ab. Bei diesen und anderen Punkten fordert DIE LINKE eine deutliche Korrektur



und findet damit zunehmend Gehör.

Eine Mindestmaß an Teilhabe bedeutet auch, mobil zu sein. Im aktuellen Regelsatz sind dafür derzeit ca. 18 Euro vorgesehen. Das ist eindeutig zu wenig. Bei der Ernährung rechnet die Regierung

mit dem Billigsten vom Billigen. Eine gesunde, abwechslungsreiche Kost gerade für Kinder und Jugendliche ist davon aber nicht zu bezahlen. Ausgaben für Schnittblumen wurden gleich ganz aus dem Regelsatz gestrichen. Ich finde, auch Schnittblumen gehören zur Teilhabe.

Die Gegenwehr von SPD und Grünen erschöpft sich im Klein-Klein. Beide Parteien stecken in der Falle. Sie haben damals ein verfassungswidriges Gesetz beschlossen und können sich bis heute nicht von der Hartz-IV-Logik verabschieden. Insbesondere die SPD ist dabei, ihren Frieden mit von der Leyens 5 Euro zu machen und setzt nur noch auf gesichtswahrende Kompromisse, so beim Bildungspaket und einem Mindestlohn bei der Zeitarbeit.

Klar ist: Allein mit einer verfassungskonformen Lösung wird sich die DIE LINKE nicht zufriedengeben. Die politisch motivierten Kürzungen bei einzelnen Verbrauchsgruppen wie Nahverkehr und Dienstleistungen des täglichen Lebens sind rückgängig zu machen. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist auch finanziell zu sichern. Nach wie vor wird seitens der Regierung die Ermittlung eines eigenständigen Regelsatzes für Kinder und Jugendliche abgelehnt.

Ein menschenwürdiger Regelsatz liegt für DIE LINKE bei mindestens 500 Euro. Das bleibt unser Ziel. Wenn das Urteil des Bundesverfassungsgericht uns hilft, auf diesem Weg voranzukommen, wird Die LINKE diese Chance nutzen. Alles andere wäre Ignoranz gegenüber den Millionen Menschen, die auf ein menschenwürdiges Einkommen angewiesen sind.

Kein Prager Frühling in Budapest

von Thomas Nord



Foto: C. Falk pixelio.de

Am Mittwoch präsentierte der ungarische Regierungschef Viktor Orbán vor dem EU-Parlament in Straßburg die Schwerpunkte der EU-Ratspräsidentschaft.

Ein Termin, der normaler Weise von Freundlichkeiten und gegenseitigen Lobhudeleien geprägt ist. Dieses Mal war es anders. Über das derzeit heftig umstrittene ungarische Mediengesetz wurde ein illustrierter Schlagabtausch geführt. Die Debatte erschöpfte sich schnell in gegenseitigen Anwürfen und Stellvertreterdebatten. Die Kritiker im EU-Parlament begrenzten ihre Kritik auf das Mediengesetz und den in der ungarischen Vertretung in Brüssel ausgerollten Teppich, der Ungarn in den Grenzen von 1848 zeigt. Die Verteidiger Orbáns und seines Gesetzes kauten die Worte ihrer Fidesz-Parteifreunde wieder.

Die Erregung über das Mediengesetz in Ungarn ist richtig, aber sie ist unvollständig. Seit dem dreiviertel Jahr, in dem Fidesz eine zwei Drittel Mehrheit im Parlament hat, hat die Regierung zahlreiche andere demokratiepolitisch bedenklichen Vorhaben umgesetzt. Schlüsselpositionen wurden mit partei- bzw. Orban treuen Perso-

nen besetzt. Fidesz hat die Befugnisse des Verfassungsgerichtes beschnitten. Einen parteitreuen Generalstaatsanwalt eingesetzt. Einen Orbán hörigen Präsidenten gewählt. Den Medienrat mit Parteikadern besetzt. In verschiedenen Kultureinrichtungen gesinnungs-



politische Säuberungen durchgeführt, zum Beispiel der Akademie der Wissenschaften. Sie hat den unabhängigen Haushaltsrat abgeschafft und stellt die Unabhängigkeit der Zentralbank in Frage. Damit zeigen Orban und Fidesz die negativen Seiten von dem, was aus einer Demokratie unserer Prägung im Fall einer zwei Drittel Mehrheit werden kann.

Mit dieser zwei Drittel Mehrheit

soll im Frühjahr eine christliche Verfassung mit einem Hoch auf die „Heilige Krone“, beschlossen werden, in der all diese Maßnahmen dauerhaft verankert werden. Nur eine andere parlamentarische Zwei-Drittel-Mehrheit wird sie erneut ändern können.

All davon war in der Straßburger Debatte nichts zu hören. Dass das ungarische Mediengesetz jetzt in der europäischen Öffentlichkeit so heftig kritisiert wird, liegt wohl eher an der sechsmonatigen ungarischen EU-Ratspräsidentschaft und der Sorge, weltöffentlich nicht mehr als lupenreine Demokratinnen dazustehen.

In dem Mediengesetz kann -wenn man es gegen den Strich liest- auch ein beruhigendes Zeichen gesehen werden. Man kann daraus schließen, dass sich die Regierung ihrer nationalen großungarischen Träume längst nicht so sicher ist, wie sie nach außen vorgibt zu sein. Deshalb begeht sie den typischen Fehler von unsicherem Hochmut, sie greift zum Mittel der Unterdrückung von kritischer Öffentlichkeit. Der Wind wird sich drehen und es wird einen demokratischen Frühling in Budapest geben.

Pressemitteilungen

Hartz IV-Koalition fehlt Wille zu verfassungskonformer Lösung

Dr. Dagmar Enkelmann 18.01.2011

„Von einem politischen Willen, einen verfassungskonformen Regelsatz zu erreichen, ist bei Regierung wie bei SPD und Grünen nichts zu erkennen. Offensichtlich hat die SPD jetzt ihren Frieden mit von der Leyens 5 Euro gemacht und setzt bei Hartz IV nur noch auf gesichtswahrende Kompromisse, so beim Bildungspaket und einem Mindestlohn bei der Zeitarbeit“, erklärt die 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, Dagmar Enkelmann, zu den Verhandlungen der Hartz-IV-Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses von Bundesrat und Bundestag.

Enkelmann weiter: „DIE LINKE wird morgen erneut in die Hartz-IV-Arbeitsgruppe eigene

Vorschläge zu einer verfassungsgemäßen Lösung einbringen. Dazu gehören eine Neuberechnung ebenso wie eine Prüfung der Zusammensetzung des Regelsatzes. Politisch motivierte Kürzungen bei einzelnen Verbrauchsgruppen wie Nahverkehr und Dienstleistungen des täglichen Lebens sind rückgängig zu machen.

Nach wie vor wird von der Regierung die Ermittlung eines eigenständigen Regelsatzes für Kinder und Jugendliche abgelehnt. Maßstab für DIE LINKE bleibt die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts, dass sowohl die physische Existenz als auch eine Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe zu sichern ist. Dies wird

von der Regierung wie von SPD und Grünen bisher missachtet.“



Foto: Gerd Altmann pixelio.de

Verfassungskonformer Hartz-Regelsatz muss ins Zentrum der Verhandlungen

Dr. Dagmar Enkelmann 13.01.2011

„Die Regelsatz-Berechnung auf der Grundlage neuer vom Bundesministerium gelieferter Zahlen macht noch einmal deutlich, dass von der Leyens 5-Euro-Verhöhung den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in keiner Weise gerecht wird. SPD und Grüne müssen nun endlich mit der LINKEN einen verfassungskonformen Regelsatz ins Zentrum der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss rücken“, fordert Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zu den heute bekannt gewordenen neuen Berechnungen des Hartz-IV-Regelsatzes. Dagmar Enkelmann weiter: „Ministerin von der Leyen muss

endlich mit der Trickserei aufhören. Sie belügt die Öffentlichkeit und betrügt die Betroffenen, wenn sie behauptet, ihre Regelsatzberechnung sei verfassungskonform. DIE LINKE hatte schon im November eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes im Auftrag der LINKEN vorgelegt. Darin wurde aufgezeigt, dass bereits allein zwei der im Karlsruher Urteil explizit geforderten Korrekturen zu einem Regelsatz von über 390 Euro führen. Das Bundesverfassungsgericht hat gefordert, nicht nur das physische Existenzminimum für die Betroffenen zu sichern, sondern auch deren gesellschaftliche Teilhabe. Die Sozialverbände haben berechnet, dass

das unter einem Regelsatz von 420 Euro auf keinen Fall gegeben ist. DIE LINKE wird sich einer Einigung beim Regelsatz, die auf einen neuerlichen Verfassungsbruch hinausläuft, mit aller Kraft widersetzen.“



Verhandlungen um Hartz IV in der Sackgasse

Dr. Dagmar Enkelmann 07.01.2011

„Die Verhandlungen um eine Hartz-IV-Reform stecken in einer Sackgasse. Die Regierung missachtet weiterhin das Urteil des Verfassungsgerichts. SPD und Grüne sind nach wie vor in der Hartz-IV-Falle gefangen und können kein Paroli bieten“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zu den laufenden Verhandlungen der Hartz-IV-Arbeitsgruppe, in der Enkelmann erst nach einer Klage der Fraktion DIE LINKE vor dem Bundesverfassungsgericht mitarbeiten konnte. Dagmar Enkelmann fährt fort:

„Bundesarbeitsministerin von der Leyen beschränkt sich mit ihren

Vorschlägen ausdrücklich allein darauf, die physische Existenz von Langzeitarbeitslosen zu sichern. Das Verfassungsgericht hat in seinem Urteil aber klargestellt, dass es um die Sicherung der physischen Existenz sowie um die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen geht. Solange die schwarzgelbe Regierung sich hier nicht deutlich bewegt, wird die Reform im Kern verfassungswid-

rig bleiben. Die Gegenwehr von SPD und Grünen erschöpft sich im Klein-Klein. Beide Parteien haben sich bis heute nicht von der Hartz-IV-Logik verabschiedet.“



Foto: Bernd Stierzl pixelio.de

Koalition lässt alle Fünfe grade sein

Dr. Dagmar Enkelmann 17.01.2011

„Die Koalition lässt alle Fünfe grade sein und will Millionen Hartz-IV-Betroffene zu Jahresbeginn 2011 nicht einmal fünf Euro mehr geben. Das ist nicht hinzunehmen. Die Bundesarbeitsministerin muss ohne Wenn und Aber sichern, dass per Verordnung oder Weisung ab Jahresbeginn wenigstens diese Minderhöhung ausgezahlt wird.“

Die Verweigerung dessen ist ein durchsichtige Erpressungsmanöver, dem die Sozialdemokraten nur zu leicht zu erliegen drohen“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zu heutiger Sitzung des Vermittlungsausschusses, in dem sie als Vertre-

terin der LINKEN sitzt. Enkelmann weiter:

„Obwohl die Opposition bereit war, auf die vorgesehenen Fristen zu verzichten, kam heute nur eine informelle Sitzung des Vermittlungsausschusses zu Stande. Union und FDP wollen die Beratungen offenbar auf die lange Bank schieben, so dass eine Entscheidung wohl frühestens im Februar getroffen wird.“

Die Regierung Merkel-Westerwelle trägt die volle Verantwortung dafür, dass dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht Genüge getan wird. Erst bei der Regelsatzberechnung übel tricksen und nun

jede praktikable Regelung verweigern. Dies ist ein perfides Spiel auf dem Rücken der Betroffenen.“

DIE LINKE bleibt bei ihrer grundsätzlichen Kritik: Die Berechnung und die Höhe der jetzt vorgeschlagenen Regelsätze ist weder für Erwachsene noch für Kinder verfassungskonform, deren Kürzung u.a. für zu Hause lebende Behinderte ist unsozial. Die Bundesregierung muss sich endlich wieder auf den Boden des Grundgesetzes bewegen und ihre Hinhaltetaktik beenden. Abzuschaffen sind die Sanktionen für ALG-II-Bezieher und -Bezieherinnen sowie die bürokratischen Bildungsgutscheine.“

Pressemitteilungen

Steinmeier hängt die Latte bei den Hartz-Verhandlungen viel zu tief

Dr. Dagmar Enkelmann 26.12.2010

„SPD-Fraktionschef Steinmeier hängt die Latte bei den Hartz IV-Verhandlungen so tief, dass selbst Frau von der Leyen kaum noch drunter durch laufen kann.“

Wer so wolkige Bedingungen formuliert, will wirkliche Verbesserungen für die Hartz IV-Betroffenen gar nicht erreichen, sondern möglichst wenig an dieser Erniedrigungs- und Lohnsenkungsmaschine ändern“, kritisiert die 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, Dagmar Enkelmann, Äußerungen von Frank-Walter Steinmeier über die Bedingungen der SPD für einen schnellen Verhandlungsabschluss. „Wenn die Hartz IV-Architekten mit den Hartz IV-

Verschlimmbesserern verhandeln, ist wohl auch nichts anderes zu erwarten.“

Enkelmann, die für DIE LINKE auch im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag sitzt, weiter: „Die Verhandlungen über die Reform des verfassungswidrigen Hartz IV-Gesetzes brauchen jetzt Substanz.“

Es müssen endlich Zahlen auf den Tisch. Wenn die SPD jetzt lediglich noch Transparenz bei der Regelsatzberechnung zur Bedingung der Forderung des Verfassungsgerichts nach Regelsätzen, die ein menschenwürdiges Existenzminimum sichern.

Ohne deutliche Erhöhung des Regelsatzes bleibt Hartz IV verfassungswidrig und wird unweigerlich wieder in Karlsruhe landen.

Es gibt diverse Berechnungen von Sozialverbänden auf der Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Allen ist gemeinsam, dass ein verfassungsgemäßer Regelsatz für Erwachsene nicht unter 420 Euro zu haben ist und für Kinder eine eigenständige Neuberechnung vorgenommen werden muss. SPD und Grüne müssen Farbe bekennen, ob sie im Interesse der Hartz IV-Beziehenden dem Grundgesetz Geltung verschaffen oder sich auf einen Kuhhandel mit der Koalition einlassen wollen.“

Der Gesetzgeber muss endlich handeln

Wolfgang Nešković 14.01.2011

„Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) erfordern gesetzgeberische Konsequenzen. Der Gesetzgeber darf die Entscheidung der Europarichter nicht weiter ignorieren. Er muss die gegenwärtige Rechtslage ändern und darf seine Verantwortung nicht auf die Rechtsprechung verlagern,“ erklärt Wolfgang Nešković, Richter am Bundesgerichtshof a.D. und Justiziar der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag zu den gestrigen Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Nešković weiter:

und die nachträgliche Sicherungsverwahrung menschenrechtswidrig



zehn Jahren wieder einführen und für die sogenannten Altfälle die 2004 eingeführte nachträgliche Sicherungsverwahrung abschaffen. Außerdem folgt aus der Begründung im Fall H., dass es für das Therapieunterbringungsgesetz keinen sinnvollen Anwendungsbereich gibt.

Der EGMR hat festgestellt, dass eine nachträgliche Sicherungsverwahrung aus Präventionszwecken bei bloßen Persönlichkeitsstörungen gegen die Menschenrechtskonvention verstößt. Da das Therapieunterbringungsgesetz genau auf diesen Sachverhalt abzielt, wird es wirkungslos bleiben und zukünftige Entlassungen für diesen Personenkreis nicht verhindern können.“

„Nach den neuen Urteilen steht fest, dass die nachträgliche Verlängerung der Sicherungsverwahrung

sind. Damit muss der Gesetzgeber die bis 1998 geltende Höchstdauer der Sicherungsverwahrung von

Europarechtliche Pflichten müssen eingehalten werden

Wolfgang Nešković 13.01.2011

„Das deutsche System der Sicherungsverwahrung ist menschenrechtsfeindlich. Es widerspricht der Europäischen Menschenrechtskonvention. Die Bundesrepublik Deutschland ist jedoch nicht bereit, das zu akzeptieren und ihren europarechtlichen Pflichten nachzukommen. Der Abschluss von Verträgen hat keinen Sinn, wenn ein Vertragspartner nicht bereit ist, sich daran zu halten“, sagt Wolfgang Nešković, Justiziar der Fraktion DIE LINKE und Richter am Bundesgerichtshof a.D., zu den heutigen Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Wolfgang Nešković weiter:

„Wenn Deutschland bereit gewesen wäre, seine europarechtlichen Pflichten zu erfüllen, hätte es schon nach der ersten Entscheidung des EGMR im Fall ‚M. gegen Deutschland‘ unverzüglich ein Gesetz erlassen müssen, das die ursprüngliche

Rechtslage wiederherstellt. Dazu hätte die Höchstfrist von zehn Jahren Sicherungsverwahrung wieder eingeführt werden müssen. Stattdessen hat die Bundesregierung mit mehreren Gesetzen versucht, diesen Auftrag zu umgehen und die Verantwortung auf die Gerichte zu verlagern.“

Solange die Bundesrepublik Deutschland nicht bereit ist, ihren völkerrechtlichen Pflichten nachzukommen, wird sie immer wieder entsprechende Zurechtweisungen durch den EGMR hinnehmen müssen. Es schadet dem Ansehen Deutschlands, wenn es europarechtliche Pflichten konsequent ignoriert und sich stattdessen dem Ruf der Stammtische beugt.

Aus einer weiteren Entscheidung des EGMR (Fall ‚H.‘) lässt sich schon jetzt absehen, dass auch das Therapieunterbringungsgesetz

(ThUG) mit den europarechtlichen Pflichten nicht zu vereinbaren ist. Dieses Gesetz ist erkennbar darauf ausgerichtet, die Rechtsprechung des EGMR zu unterlaufen. Die heutige Entscheidung im Fall ‚H.‘ macht jedoch deutlich, dass diese europarechtliche Gehorsamsverweigerung erfolglos bleiben wird. Das Gericht sah für den hirngeschädigten ‚H.‘ den nach der Europäischen Menschenrechtskonvention gegebenen Haftgrund der ‚psychischen Krankheit‘ nicht als erfüllt an. Mit diesem Haftgrund lasse sich bei einer bloßen Persönlichkeitsstörung eine nachträgliche Unterbringung zu Präventionszwecken nicht rechtfertigen. Das neue Therapieunterbringungsgesetz von Schwarz-Gelb ist jedoch genau darauf ausgerichtet, auch in solchen Fällen eine Freiheitsentziehung zu ermöglichen. Das ist nach dieser Entscheidung des EGMR jedoch europarechtlich nicht möglich.“



Foto: Peter Kirehhoif, pixeltode

Sozialgerichte sind Ausputzer der Politik

Wolfgang Nešković 11.01.2011

„Die Sozialgerichte werden als Ausputzer für eine handwerklich schlecht arbeitende Politik missbraucht. Der unüberschaubare Wust an unklaren Formulierungen, widersprüchlichen Bestimmungen und Gerichtsentscheidungen bringt die Betroffenen seit Jahren in eine unzumutbare Lage.

Das Gesetz ist nicht nur politisch falsch, sondern handwerklich auch schlecht gemacht. Es wird nach jeder Novellierung schlechter. Nach 41 Gesetzesnovellen in nur sechs Jahren ist klar: Die Hartz IV-Gesetzgebung gleicht einem untauglichen Bauwerk, das man nicht mehr repa-

rieren, sondern endgültig abreißen muss“, so Wolfgang Nešković zur heutigen Jahresbilanz des Sozialgerichts Berlin. Der Justiziar der Fraktion DIE LINKE und Bundesrichter a.D. fährt fort:

„Nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Sozialgerichte sind die Leidtragenden der bisherigen Regelung. Sie müssen die juristische Verweigerungshaltung der politischen Entscheidungsträger ausbaden. Es fehlt an einer handwerklich sauberen Gesetzgebung.

Wenn mehr als 40 Prozent aller gegen Hartz IV gerichteten Klagen

Erfolg haben, dann ist das ein untrügliches Indiz für eine miserable gesetzgeberische Arbeit. Auf keinem anderen Gebiet des Verwaltungsrechts gibt es auch nur annähernd vergleichbare Erfolgsquoten der Betroffenen.

Diese gesetzgeberische Fehlleistung stellt lediglich ein gewaltiges Konjunkturprogramm für die ‚juristische Industrie‘ dar, die sich aus der Mängelbaustelle Hartz IV versorgt. Hartz IV produziert zwar Arbeitsplätze für Sozialrichter und Rechtsanwälte, nicht jedoch für die Betroffenen.“

Mangel an richterlicher und politischer Sensibilität

Wolfgang Nešković 23.12.2010

„Verfassungsrichter Kirchhof nimmt ohne jeden aktuellen Anlass in einer auch verfassungspolitisch hochbrisanten Frage einseitig Partei. Seine Forderung offenbart einen erheblichen Mangel an richterlicher und politischer Sensibilität.

Für Richter gilt bei politischen Meinungsäußerungen grundsätzlich das Mäßigungsgebot. Dieses gilt in besonderer Weise für Bundesverfassungsrichter in herausgehobenen Positionen. Kirchhof wertet eine Forderung auf, die im politischen Spektrum klar verortet ist. Dies entspricht nicht dem Profil seines Amtes“, sagt Wolfgang Nešković, Richter am Bundesgerichtshof a.D. und Vorsitzender des Wahlausschusses zur Wahl der Bundesverfassungsrichter, zur Forderung des Bundesverfassungsrichters Kirchhof, den Bun-

deswehreinsatz im Inneren zu ermöglichen. Nešković weiter:

„Mit dem Totschlagargument der terroristischen Bedrohung soll eine wesentliche Wertvorstellung unserer Verfassung beseitigt werden. Dies geschieht ohne inhaltliche Plausibilität. Welchen Sinn soll es machen, Panzer gegen Selbstmor-

dattentäter einzusetzen?

Es gibt politisch wie historisch triftige Gründe, das Militär nur bei klar begrenzten Ausnahmefällen im Inneren einzusetzen. Das Grundgesetz an diesem Punkt zu verändern, wäre eine grundsätzliche Abkehr von der zivilen Verfasstheit der Bundesrepublik.“



Foto: Thorben Wegert/pixelio.de

Lebensader Wald – politische Herausforderung zum Internationalen Jahr der Wälder

Sabine Stüber 11.01.2011



Foto: Konstantin Brückner (c)

Die UNESCO hat 2011 zum Internationalen Jahr der Wälder erklärt, um deren Problemen in diesem Jahr besondere Aufmerksamkeit zu widmen. „Das ist ein Signal an Politik und Gesellschaft, den Wald wirksam zu schützen“, sagt Sabine Stüber, Mitglied im Umweltausschuss des Bundestages für DIE LINKE. „Der Wald ist ein wertvolles Naturerbe. Er ist als Lebensader weltweit ein notwendiges Refugium für viele seltenen Tier- und Pflanzenarten. Und, er ist auch unverzichtbarer Rohstoffproduzent für die Menschen.“

Heute wird der Wald hemmungslos – bis zu seiner Vernichtung – wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Auch Deutschland ist hier in der Pflicht, einen Beitrag sowohl für den Schutz der nationalen Wälder als auch international – zum Beispiel für den Schutz der Regenwälder – zu leisten.

Die weltweite politische Herausforderung besteht darin, ein Gleichgewicht zwischen dem notwendigen Schutz des Waldes und den existierenden Wirtschaftsinteressen auszubalancieren.

Der Schutz des Waldes ist für die Erhaltung seiner vielfältigen Funktionen, wie Klima- und Artenschutz, den Ressourcenerhalt und auch zum Erhalt regionaler Eigenart ganzer durch Wald geprägter Kulturlandschaften, unabdingbar. Deutschlands Waldpolitik ist gefragt und zum Handeln in diesem Jahr aufgefordert, um die selbst gesetzten Ziele in der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt zu erreichen.

Es geht um die Forcierung des Umbaus von Monokulturforsten zu Mischwäldern. Auf 5% der Waldfläche Deutschlands soll die forstliche Bewirtschaftung eingestellt werden. In diesen Gebieten soll der freien Entwicklung von Naturwaldlebensräumen der Vorrang

eingedrängt werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Wiederherstellung von Waldmooren für den Klimaschutz und um mehr Wasser in der Landschaft zu halten.

„Die Prioritäten für die Waldpolitik in Deutschland liegen in diesem Jahr aus meiner Sicht auf zwei Schwerpunkten“ so Sabine Stüber. „Als Industrieland müssen wir uns unbedingt weiterhin beim Schutz des Regenwaldes engagieren und gemachte Versprechungen einhalten.“

Ebenso muss das Internationale Jahr der Wälder genutzt werden, um bei den selbst gesetzten Waldschutzziele im eigenen Land voran zu kommen. Dazu gehört auch der wirtschaftliche Aspekt. Holz ist für uns als Rohstoff nicht wegzudenken. Wir finden Holz in allen Lebensbereichen und das soll auch so bleiben. Deshalb ist ein ausgewogenes Verhältnis von Schutz und Nutzung so wichtig.“

Pressemitteilungen

Dioxin-Skandal: Verbraucher vom Acker bis zum Teller vor Profitgier schützen

Kirsten Tackmann 16.01.2011

„Die erneute Ausweitung des Dioxin-Skandals beweist, dass es nicht um ein einzelnes schwarzes Schaf geht, sondern um real existierende kriminelle Strukturen in der Futtermittelbranche. Um ihnen das Handwerk zu legen, muss am großen Rad gedreht werden und nicht an kleinen Schraubchen“, erklärt Kirsten Tackmann zu den aktuellen Weiterentwicklungen im Dioxin-Skandal. Die agrarpolitische Sprecherin der Fraktion weiter: „Infolge weitverzweigter Lieferbeziehungen sind tausende Landwirtschaftsbetriebe nahezu schutzlos skrupellosem Profitstreben aus-

geliefert. Sie drohen zum Verlierer des russischen Roulettes der Futtermittelbranche zu werden. Millionen von Verbraucherinnen und Verbrauchern werden gefährdet. Bund und Länder müssen endlich konsequent durchgreifen. Vom Acker bis zum Teller muss Lebensmittelsicherheit vor der Profitgier geschützt werden.

DIE LINKE fordert rasches und wirksames Handeln gegen die Verursacher und die Struk-



Aigners Aktionsplan greift zu kurz

Karin Binder, Kirsten Tackmann 14.01.2011

„Mit dem 10-Punkte-Plan, der auf längst bekannte Defizite zielt, läuft Ministerin Aigner den Vorschlägen aus den Bundesländern hinterher- und das auch noch halbherzig“, erklärt Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum heute vorgelegten „Aktionsplan Verbraucherschutz in der Futtermittelkette“.

Die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen zeigen vor allem, welche Sicherheitslücken in der Lebensmittelproduktion von den Bundesregierungen der letzten Jahre und Jahrzehnte hingenommen wurden.“

Die Verbraucherpolitikerin Karin Binder ergänzt: „Trotz Dioxin-Skandal soll es keine Kennzeichnung zur Rückverfolgbarkeit von Fleisch geben. So wird Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner das Ver-

trauen der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht zurückzugewinnen. DIE LINKE fordert eine „Verbraucherschutz-Code“. Fleisch und Fleischprodukte sollen künftig mittels Kennzeichnung bis zu ihrem Ursprung zurück verfolgbar sein. Aufzucht, Schlachtung und Verarbeitung müssen für die Verbraucher jederzeit nachvollziehbar werden.“

Kirsten Tackmann weiter: „Strukturelle Ursachen des Dioxinskandals, wie die weltweiten Warenströme der Agrarmärkte, Billigstandards und Dumpinglöhne als Nährboden krimineller Strukturen werden nicht bekämpft. Das Fehlen eines sozialen und ökologisch ausgerichteten Regelwerks wird damit auch in Zu-

turen, die diesen Skandal ermöglichen, statt Personaldebatten. Wir fordern ein staatlich kontrolliertes, gesetzlich streng geregeltes, unabhängiges und einheitliches Zertifizierungssystem. Finanziert von der Branche, deren schwarze Schafe die Verursacher des massiven Kontrollaufwandes sind.“

kunft den Nährboden für Skandale liefern, in denen der Aignersche Aktionsplan bestenfalls Schaden begrenzen kann.

Karin Binder weiter: „Auch die von Aigner vorgeschlagene aktive Pflicht der Behörden zur Verbraucherinformation greift zu kurz. Danach sollen nur Rechtsverstöße ohne Nennung der Betriebe veröffentlicht werden.

Entscheidend ist, dass die Verbraucher über alle Belastungen in Lebensmitteln informiert sind und nicht nur über Rechtsverstöße. Die Lebensmittelbehörden sollen ausnahmslos alle Untersuchungsergebnisse offen legen. Nur so wird der erforderliche Druck auf die Erzeuger und Lieferanten ausgeübt.“

Grüne Rücktrittsforderung lenkt von wirklichen Ursachen des Dioxin-Skandals ab

Kirsten Tackmann 13.01.2011

„Die Rücktrittsforderung an Ilse Aigner lenkt von den wirklichen Ursachen ab.

Renate Künast betreibt bereits Wahlkampf, anstatt sich seriös mit dem eigentlichen Problem zu beschäftigen“, kommentiert Kirsten Tackmann die von der Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhobene Forderung, Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner möge zurücktreten. Die agrarpolitische

Sprecherin der Fraktion DIE LINKE fährt fort:

„Es geht um deutlich mehr als um Kontrollversäumnisse und Schwarze Schafe in der Branche. Der Dioxin-Skandal hat seine eigentliche Ursache im deregulierten Risiko-

Weltagrarmarkt. Soziale oder ökologische Leitplanken sind kaum vorhanden. So entsteht massiver wirtschaftlicher Druck zur Billigproduktion von Le-

bensmitteln - auf Kosten der Qualität und der Lebensmittelsicherheit.

Wer Angestellte zu Niedriglöhnen beschäftigt, global mit Agrarprodukten und -rohstoffen spekuliert und nach halb- oder illegalen Profitquellen sucht, ist ein Sicherheitsrisiko. Das gilt besonders für den sensiblen Bereich der Lebensmittelproduktion.“

Kyritz-Ruppiner Heide - Lehrstück in direkter Demokratie

Kirsten Tackmann 12.01.2011

Es war ein langer, aber erfolgreicher Weg zu einer FREIEN HEIDE, der beweist, dass sich bürgerschaftliches Engagement in einem breiten politischen Bündnis zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen einer ganzen Region lohnt“, kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die Auflösung der Kommandantur am 13.01.2011, die die endgültige Übernahme des Geländes zur Gestaltung der zivilen Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide einleitet.

Tackmann weiter:

„In den fast zwei Jahrzehnten juristisch erzwungener Ruhe ist die Kyritz-Ruppiner Heide zu einem der wenigen störungsarmen Areale und damit kostbaren Naturrefugium geworden. Das ist ein Wert, der im Interesse der Region erhalten werden sollte. Der Status des Nationalen Naturerbes wäre dazu eine gute Möglichkeit.

Aus meiner Sicht allerdings nur unter vier Bedingungen:

1. Die bereits für andere wichtige Naturschutzprojekte reservierten 25.000 Hektar müssen entsprechend aufgestockt werden.

2. Eine sanfte touristische und forstliche Nutzung darf in geeigneten Teilflächen nicht ausgeschlossen sein.

3. Das Leitbild mit den Rahmenbedingungen für den Umgang mit dem Areal muss in enger Absprache mit der Landesregierung und den regionalen Akteurinnen und Akteuren entwickelt werden.

4. Der Bund muss seinen Eigentümerpflichten nachkommen, also zum Beispiel die nutzungsorientierte Bäumung der militärischen Altlasten finanzieren.

Für DIE LINKE ist jedoch mit dem Abzug der Bundeswehr aus der Kyritz-Ruppiner Heide nur ein erstes Etappenziel erreicht. Für uns bleibt die Schließung der Luft-Bodenschießplätze im bayerischen Siegenburg und im niedersächsischen Nordhorn weiter eine politische Aufgabe auf dem Weg zum eigentlichen Ziel: kein Bombodrom. Nirgends.“



Pressemitteilungen

LINKE fordert Paradigmenwechsel bei der Futtermittelkontrolle

Kirsten Tackmann 11.01.2011

„Mein Verdacht, dass dieser Skandal um dioxinverseuchte Lebensmittel nur die Spitze des Eisberges ist, wurde nicht ausgeräumt. Kriminelle Energie und Profitgier, gepaart mit unzureichenden Kontrollen und zeitlichem Verzug haben zum Dioxin-Skandal geführt“, kommentiert Kirsten Tackmann die heutige Sondersitzung des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter: „Hoch spezialisierte, zentralisierte Strukturen bei landwirtschaftlichen Produktionsabläufen erhöhen

die Gefahr verseuchter Lebensmittel. Verhalten sich Teile der Produktionskette zusätzlich falsch, ist der nächste Lebensmittel-Skandal vorprogrammiert. Das bestehende Kontroll-System muss geändert werden.

DIE LINKE fordert unter anderem ein staatlich kontrolliertes Zertifizierungssystem für die gesam-

te Produktionskette, vom Acker bis zum Teller. Finanziert von der Branche, deren schwarze Schafe die Verursacher des erhöhten Kontrollaufwandes sind. Ein dichtes Netz risikoorientierter staatlicher Pflichtuntersuchungen muss zwingend das Funktionieren des privatwirtschaftlichen Zertifizierungssystems überwachen. Gleichzeitig wäre ein Vermarktungs- und Transparenzsiegel gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern sinnvoll. Das funktioniert im Ökolandbau schon seit Jahren.“



System der Futtermittelproduktion in seinen Grundfesten erschüttert

Kirsten Tackmann 07.01.2011

„Es ist schockierend, mit welcher krimineller Energie augenscheinlich in einigen Bereichen der Futtermittelindustrie gearbeitet wird. Das hat verheerende Wirkungen, weil sie unterdessen ein fester Bestandteil einer eher industriell organisierten, arbeitsteiligen Landwirtschaft ist“, so Kirsten Tackmann zu den immer neuen Details über den Dioxin-Skandal. Die agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE fährt fort:

„Tag für Tag werden neue Absurditäten des Dioxin-Skandals bekannt. Die katastrophalen Zustände erinnern an die Zeit der BSE-Krise und zeigen, dass das System der Futtermittelproduktion in seinen Grundfesten erschüttert ist. Vermutlich werden schon länger billige Industriefette über die Futtermittel-

herstellung vergoldet. Die ersten betriebseigenen Dioxinfunde stammen anscheinend bereits aus dem Frühjahr 2010, doch erst kurz vor Silvester haben die zuständigen Behörden davon erfahren. Freiwillige Eigenkontrollen haben als Frühwarnsystem genauso versagt wie die staatliche Lebens- und Futter-

mittelüberwachung. Der Gesetzgeber muss jetzt zwingend Regelungslücken schließen.

Wahrscheinlich ist der aktuelle Skandal nur die Spitze des Eisberges. Fehler in diesem System können nur mit System bekämpft werden. DIE LINKE fordert daher einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der Lebens- und Futtermittelüberwachung. Ein dichtes Netz behördlicher Kontrollen könnte wirksam ergänzt werden durch ein unabhängiges, lückenloses Zertifizierungssystem vom Acker bis zum Teller. Bei besonders risikobehafteten Betrieben müssen Kontrollen deutlich erhöht und Kontrollbefugnisse ausgeweitet werden, zudem ist generell mehr Kontrollpersonal notwendig.“

Bild: Gerd Altmann pixelio.de

LINKE mit Waldstand bei der Grünen Woche

Kirsten Tackmann 06.01.2011

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag beteiligt sich im Rahmen des „Internationalen Jahres der Wälder 2011“ mit einem Stand zum Thema Wald auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin. Vom 21. bis 30. Januar lädt die Linksfraktion Besucherinnen und Besucher auf einen Waldspaziergang in Halle 6.2 ein. Am Stand der LINKEN gibt es Informationen über Forstpolitik, Naturschutz, Naherholung und Umweltbildung. „Wir wollen unseren Besucherin-

nen und Besuchern zeigen, dass der Wald mehr ist als viele Bäume,“ erläutert die agrarpolitische Sprecherin Dr. Kirsten Tackmann. „Wälder sind nicht nur Orte einer beeindruckenden Tier- und Pflanzenwelt, sondern auch Ort der Holzproduktion, der Filterung von Wasser und Luft sowie Ort der Erholung und ein attraktiver Arbeitsplatz. Die Vielfalt des Waldes und seine Wertschätzung möchten wir den Menschen nahe bringen“, so Tackmann weiter.

Der Stand der LINKEN kann zu den Messeöffnungszeiten (10-18/20 Uhr) vom 21. – 30.01.2011 besucht werden. Die Eröffnung des Standes findet am 21.01.2011 um 11 Uhr statt. Abgeordnete der Linksfraktion werden Besucherinnen und Besuchern Rede und Antwort stehen. Als besonderes Angebot werden sie Waldmärchen für Kinder vorlesen. Schulklassen sind zum Schüler-Quiz der LINKEN eingeladen und können ein Wald-Memory ausprobieren.

Dioxin-Skandal offenbart Lücken im System

Kirsten Tackmann 05.01.2011



„Der Dioxin-Skandal zeigt wieder einmal, dass der Eingang von Schadstoffen in unsere Lebensmittel aktuell nicht sicher verhindert wird. Die Futtermittelgesetzgebung reicht offensichtlich nicht aus“,

so Kirsten Tackmann. Verbraucherentsorgung sieht anders aus. Eine effektive Kontrolle muss als Frühwarnsystem funktionieren.

Gefahren müssen erkannt werden, bevor die Lebensmittel im Einkaufswagen landen. Lücken in der Futtermittelgesetzgebung müssen jetzt dringend geschlossen und die Verursacher zur Schadensregulierung herangezogen werden.

Neben der kurzfristigen Ermittlung und Schließung gesetzgeberischer Schwachstellen ist die Suche nach einer wirksamen Überwachungsstrategie notwendig. Aus Sicht der LINKEN wird eine wissenschaftlich begründete Risikoanalyse und -bewertung für Umweltgifte und Krankheitserreger für Nutztiere und die Lebensmittelproduktion gebraucht. Ein veterinär-epidemiologisches Zentrum könnte diese Aufgabe übernehmen.“

Wenn der Nachweis des Dioxins erst im bereits ausgelieferten und teilweise verfütterten Futtermittel erfolgt oder gar im Lebensmittel, ist der Schaden bereits vorhanden und nicht mehr rückgängig zu machen. Das Dioxin könnte bereits über die Mägen der

EU-Agrarzahlen: alle oder keiner – ostdeutsche Betriebe nicht benachteiligen

Kirsten Tackmann 03.01.2011

„Aigners Pläne, die Offenlegung der Fördermittelzahlungen nur für bestimmte Eigentumsformen wie-der zuzulassen, diskriminiert viele ostdeutsche Agrarbetriebe.

Damit wird verfälscht, wo Klarheit und Transparenz geschaffen werden muss. Ich fordere eine umfassende Transparenz über alle Gelder aus Brüssel,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die Ankündigung der Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner. Sie will nur Informationen über juristische Personen wie

Aktiengesellschaften, GmbHs oder Genossenschaften veröffentlichen. Die Informationen über Agrarzahlen an kleinere Betriebe sollen weiterhin gesperrt bleiben. Hintergrund ist ein Urteil des EuGH vom 9.11.2010, in welchem die bestehende Veröffentlichung für nicht rechtens befunden wurde. Tackmann weiter:

„Die Veröffentlichung von EU-Agrarzahlen muss für alle Empfängerinnen und Empfänger gelten. So lange die EU keinen einheitli-

chen Rahmen geschaffen hat und weiterhin datenschutzrechtliche Bedenken bestehen, sollten keine intransparenten Fakten geschaffen werden.

Ich bin für eine komplette Offenlegung. Eine Konzentration auf juristische Personen würde aber erneut einseitig ostdeutsche Agrarbetriebe benachteiligen. Das ist für DIE LINKE inakzeptabel. Das selbstgesteckte Ziel der Transparenz wird die Bundesministerin so nicht erreichen.“

Schwarz-gelbes Weihnachtsgeschenk an Alteigentümer

Kirsten Tackmann 17.12.2010

„Das Spekulationskarussell kann sich ab heute schneller drehen. Springen Sie auf!

Und nicht nur Sie, auch ihre Enkel und Urenkel. Das heutige Abstimmungsergebnis ist eine Einladung zur Boden-Tombola, bei der man nur gewinnen kann“, kommentiert Dr. Kirsten Tackmann den Beschluss der Bundesregierung zum Zweiten Flächenerwerbsänderungsgesetz. Tackmann weiter:

„Mit spekulativem Bodenkauf ist viel Geld zu verdienen. Mit diesem Gesetz können nicht landwirtschaftlich tätige Alteigentümer und ihre Erben bis zum 4. Grad zum Schnäppchenpreis von 2004 Boden in Ostdeutschland erwerben. Dagegen müssen die aktiven Landwirtschaftsbetriebe weiter Spekulationspreise bezahlen, die sie kaum erwirtschaften können.

Die Alteigentümer-Käufe sind faktisch ohne Risiko. Sie finanzieren sich über die Pachteinnahmen von

selbst. Und bei Wiederverkauf mit Ablauf der Bindefrist von 15 Jahren sind attraktive Gewinnquoten zu erwarten.



Auch nach dem heutigen Beschluss des Zweiten Flächenerwerbsänderungsgesetz im Bundestag bleibt unklar, wie viel ehemals volkseigene Äcker in Ostdeutschland jetzt für Alteigentümer reserviert wer-

den müssen. Angesichts der spekulativen Bodenmarktentwicklung insbesondere in Ostdeutschland ist es unrealistisch, auf die geringe Ausnutzung der Erwerbsrechte durch die Alteigentümer und deren Erben zu hoffen.

DIE LINKE dagegen fordert zur Eindämmung von Bodenspekulationen eine strenge Regulierung der Landverkäufe. Schwarz-gelb muss endlich, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Verkaufspraxis der BVVG überprüfen! Wir fordern ein Verkaufsmoratorium der BVVG und längerfristige Pachtverträge zur Sicherung der aktiven Landwirtschaftsbetriebe.

Im Übrigen wird sich DIE LINKE jedem Versuch entgegenstellen, die Bodenreform in Frage zu stellen. Sie ist Grundlage des Einigungsvertrages.“

Bild: Gerd Altmann pixelio.de

Anträge, Anfragen & Initiativen

19.01.2011

▶ [ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/4425](#)

Kopfpauschale in der Pflege verhindern - humane und solidarische Pflegeabsicherung gewährleisten

Union und FDP wollen die soziale Pflegeversicherung zerschlagen. Eine kapitalgedeckte Zusatzversicherung soll verpflichtend eingeführt werden. Leistungsverbesserungen für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sind nicht zu erwarten. Doch eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung ist überfällig. Ziel muss ein Paradigmenwechsel für eine selbstbestimmte und ganzheitliche Pflege sein. Mit der solidarischen BürgerInnenversicherung könnte der finanzielle Spielraum geschaffen werden.

▶ [ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/4424](#)

Menschenwürdiges Existenzminimum für alle – Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

Der Antrag fordert die Aufhebung des AsylbLG und eine diskriminierungsfreie Versorgung aller nach dem SGB II. Erkenntnisse aus der Großen Anfrage der LINKEN zum Thema sind eingearbeitet. Der Gesetzgeber muss die Konsequenzen aus dem BVerfG-Urteil vom 9.2.10 ziehen und den unwürdigen und rechtsstaatswidrigen Umgang mit Schutzsuchenden aus eigener Kraft und schnell beenden. Der Antrag soll bei einer Anhörung des AS-Ausschusses am 7.2.2011 berücksichtigt werden und ist deshalb EILBEDÜRFTIG!

▶ [ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/4423](#)

Wissenschaft als Beruf attraktiv gestalten - Prekarisierung des akademischen Mittelbaus beenden

Die Situation junger WissenschaftlerInnen ist nach wie vor beschämend - wie aktuelle Studien noch einmal belegen. DIE LINKE beantragt, dass Bund und Länder den Trend zu immer mehr befristeten Stellen durch ein gemeinsames Programm zur Einrichtung von Dauerstellen stoppen. Zudem sollen auch bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen die Arbeitsbedingungen verbessert, die Tarifsperrre in der Drittmittelforschung aufgehoben und StipendiatInnen besser gestellt werden.

17.01.2011

▶ [ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/4248](#)

EUTM Somalia beenden - Für eine politische Lösung in Somalia

Die Ausbildung somalischer Rekruten durch die Mission EUTM Somalia droht den Konflikt in Somalia weiter zu eskalieren und auf die Nachbarstaaten Äthiopien und Kenia sowie Uganda aus. Es ist nicht ersichtlich, dass von der EU ausgebildete Soldaten, darunter laut Berichten auch Minderjährige, eine dauerhafte Befriedung Mogadischus oder gar des gesamten Territoriums Somalias ermöglichen könnten. Die Mission EUTM Somalia muss unverzüglich eingestellt und die deutsche Beteiligung beendet werden.

Anträge, Anfragen & Initiativen

19.01.2010

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4415](#)

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das vierte Quartal und das Gesamtjahr 2010

Wie mit allen Statistiken, wird auch mit der Asylstatistik politisches Geschäft gemacht. Regelmäßig berichtet das Bundesinnenministerium über die niedrige Anerkennungsquote beim politischen Asyl und gibt damit den Sarrazins die Stichworte. Dass aber die meisten Asylsuchenden sehr wohl einen Schutzstatus erhalten, wenn auch unter anderem Namen, und ein Drittel gar nicht erst zum Verfahren zugelassen wird (sondern es in einem anderen EU-Staat betreiben muss), wird nur selten erwähnt.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4414](#)

Marktversagen bei der Breitbandversorgung

Das Ziel der Breitbandstrategie der Bundesregierung bis Ende 2010 eine flächendeckende Breitbandversorgung von mind. 1 Mbit/s bereitzustellen wurde verfehlt. Trotz der allgemein anerkannten Notwendigkeit eines schnellen Internetzugangs im Sinne kultureller und sozialer Teilhabe setzt die Bundesregierung auf Wettbewerb und verweigert sich einer Aufnahme von Breitband in den Universaldienst. Diese würde die Unternehmen zum Breitband-Netzausbau verpflichten.

18.01.2010

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4411](#)

Leiharbeit in Bundesministerien, nachgelagerten Ämtern und Behörden im Jahr 2010

Seit dem Fall Schlecker vor einem Jahr äußerte sich die Bundesregierung, insbesondere die Bundesarbeitsministerin, wiederholt öffentlich kritisch gegenüber Fehlentwicklungen und Missbräuchen bei der Leiharbeit. Die Frage ist, welche Konsequenzen das für Beschäftigungspolitik im eigenen Haus hatte. Denn seit Jahren steigt kontinuierlich die Zahl der in den Bundesministerien und nachgelagerten Ämtern und Behörden beschäftigten Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4399](#)

Verzicht des Bundes auf den Ausbau der Schienenstrecke Berlin - Frankfurt (Oder) – Grenze D/PL

Entgegen allen jahrelangen Versprechungen hat die Bahn überraschend den Ausbau der Bahnstrecke Berlin - Frankfurt (Oder) auf Berliner Stadtgebiet gestoppt. Dadurch ist auch der Umbau des Köpenicker Bahnhofes zu einem Regionalbahnhof gefährdet. Völlig unklar ist auch, auf welcher Untersuchung diese Entscheidung beruht, denn bei der gerade abgeschlossenen Überprüfung aller Schienenwege wurde diese Strecke nicht angezweifelt.

18.01.2011

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4398](#)

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 2010

Abgefragt werden die monatlichen von Rechtsextremisten begangenen Straftaten, um die Öffentlichkeit frühzeitig über die Entwicklung dieser Straftaten zu informieren und aktuelle Gefährdungspotentiale aufzuzeigen. Für Opfergruppen, die Medien, Wissenschaftler, jüdischen Organisationen und Verbände et. bieten diese monatlichen Kleinen Anfragen mittlerweile eine wichtig gewordene Orientierung.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4397](#)

Neonazistisches Blood-and-Honour-Netzwerk

Blood and Honour (B&H) ist ein international agierendes Netzwerk vor in der neonazistischen Skinhead-Szene, das Rechtsrockkonzerte und den Vertrieb neonazistischer Musik organisiert. B&H vertritt die Ideologie von der globalen Dominanz der weißen Rasse und den Kampf für deren Erhaltung. Die deutsche Division von B&H wurde im Jahr 2000 vom Bundesinnenministerium verboten, doch unter anderem Namen existieren B&H-Strukturen weiter.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4396](#)

Mögliche Aufweichung des Folterverbots im Rahmen des Lebenskundlichen Unterrichts für Bundeswehrsoldaten durch Angehörige der katholischen Militärseel

In der Katholischen Militärseelsorge Aktive haben sich für die Aufweichung des Folterverbots ausgesprochen. Es besteht daher der Verdacht, dass Bundeswehrsoldaten geraten wird, die Frage, ob sie in bestimmten Situationen foltern oder nicht, von einer persönlichen Gewissensentscheidung abhängig machen. Dies würde das absolute Folterverbot der geltenden Rechtsordnung unterlaufen, was aus Sicht der LINKEN nicht hingenommen werden darf.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4394](#)

Mikrokredite im Spannungsfeld zwischen Verschuldung und Veruntreuung einerseits und Armutsbekämpfung andererseits

Die Anfrage soll Fragen klären, die sich aus der Antwort auf die letzten Kleinen Anfrage ergeben haben sowie das Thema weiter vertiefen. Dem Thema kommt strategische Bedeutung (Funktion von Krediten) im neoliberalen Diskurs über wirtschaftliche Entwicklung im Allgemeinen und Entwicklungszusammenarbeit im Besonderen zu.

Anträge, Anfragen & Initiativen

18.01.2011

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4393](#)

Tierschutz auf Tierbörsen

Ermittlung des Problembewusstseins der Bundesregierung bezüglich Verstößen gegen Tierschutzrechte auf Tierbörsen. Das Thema wird durch Tierschützerinnen und Tierschützer derzeit kampagnenartig aufgegriffen.

12.01.2011

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4311](#)

Sicherheitsmaßnahmen im Luftverkehr

Ende Oktober wurden mehrere Bomben per Luftpost verschickt, von denen eine über den Flughafen Köln/Bonn umgeschlagen wurde. Während Flugpassagiere im Namen der Sicherheit etliche Kontrollen über sich ergehen lassen müssen, scheint mit der Sicherheit im Luftfrachtverkehr leichtfertig umgegangen worden zu sein. Die Bundesregierung muss darlegen, wie es zu den Sicherheitslücken kommen konnte und was sie in Zukunft zu tun gedenkt, um für mehr Sicherheit im Transitbereich und Frachtverkehr zu sorgen.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/4390](#) vor.

07.01.2011

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4377](#)

Entwicklungszusammenarbeit mit Honduras

Vor dem Hintergrund anhaltender Menschenrechtsverletzungen in Honduras hinterfragt die Fraktion DIE LINKE kritisch die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit und der diplomatischen Beziehungen durch die Bundesregierung.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4376](#)

Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 31.12.2010

Jährlich erfragt die Linksfraktion den aktuellen Stand der Zahl in Deutschland lebender Menschen, die als Asylberechtigte oder Flüchtlinge anerkannt sind. Hinzu kommt eine große Anzahl Personen, die trotz jahrelangen Aufenthalts in Deutschland nur über einen unsicheren Aufenthaltsstatus verfügen, obwohl sie das Land auf absehbare Zeit nicht verlassen werden.

04.01.2011

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4318](#)

Zerstörung von Beduinendörfern im Negev

Etwa die Hälfte der 170.000 Beduinen in Israel lebt in 46 Dörfern in der Negev Wüste, die von der israelischen Regierung nicht anerkannt werden. Das Menschenrechtskomitee des Zivilpakts der UN hat sich am 29. Juli 2010 mit Sorge zu der gewaltsamen Räumung von Beduinendörfern im Negev geäußert und von der israelischen Regierung gefordert, das Recht der Beduinen auf ihr Land, ihre Kultur und ihre traditionelle Lebensweise anzuerkennen.

03.01.2011

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4319](#)

Rüstungsexportbericht 2009

Die Bundesrepublik Deutschland ist weltweit der drittgrößte Exporteur von Rüstungsgütern. Die Anfrage zielt darauf ab, anlässlich des Rüstungsexportberichts der Bundesregierung für 2009 zu belegen, dass bei den Genehmigungen für Rüstungsexporte vorrangig industriepolitische und nicht globale friedens- und entwicklungspolitische Notwendigkeiten maßgeblich sind. Auch wirft der Bericht Fragen auf zu einzelnen Lieferungen.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/4383](#) vor.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4317](#)

Auswirkungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit der Türkei auf das Aufenthaltsrecht

Die geplante Verlängerung der Mindest-Ehebestandszeit zur Erlangung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts von zwei auf drei Jahre verstößt gegen Europarecht. Dies geht aus einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 9.12.2010 hervor. Die Bundesregierung verweigerte auf mündliche Anfrage Bewertung zu diesem Urteil, die EuGH-Rechtsprechung wird im Aufenthaltsrecht ohnehin zumeist nur sehr restriktiv umgesetzt. Deshalb erfolgt diese umfassendere Nachfrage zum Thema.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4314](#)

Inhalte von Gesetzen und Verordnungen an der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen messen

Seit März 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention geltendes Recht. Zu den Verpflichtungen gehört, Gesetze und Verordnungen an deren Inhalt zu messen und die Einbeziehung der Betroffenen zu gewährleisten. Da CDU/CSU und FDP sich dazu auch im Koalitionsvertrag verpflichteten und nach der GGO auch der Bundesbehindertenbeauftragte in alle Gesetzesvorhaben einzubeziehen ist, die die Belange von Menschen mit Behinderungen betreffen, wird die Umsetzung seit Beginn der 17. WP hinterfragt.

Anträge, Anfragen & Initiativen

03.01.2011

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4312](#)

Zur Entsendung einer EU Battlegroup in den Sudan

Die für den 9.1.2011 geplanten Referenden im Südsudan und Abyei über die Abspaltung vom Sudan birgt große Risiken einer Eskalation. Gegenwärtig befinden sich 39 Offiziere der Bundeswehr und 9 deutsche Polizisten im Rahmen von UNMIS und UNAMID im Sudan. Auf EU-Ebene wird neuerdings der Einsatz einer EU-Battlegroup wegen des Referendums diskutiert. Die Anfrage fragt nach der Haltung der Bundesregierung zum Einsatz der EU-Battlegroup und dem Hintergrund.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4310](#)

Zukünftige Entwicklung und Bilanz des Bleiberecht für langjährig geduldete Menschen

Im November hat die Innenministerkonferenz eine weitere Bleiberechtsregelung beschlossen, die über einen Gesetzentwurf des Bundesrates verwirklicht werden soll. Ein Bleiberecht sollen Jugendliche erhalten, die aufgrund guter Schulleistungen eine gute Integration „in die hiesigen Lebensverhältnisse“ erwarten lassen. Eltern und weiteren Geschwistern droht damit weiter die Abschiebung. Das Problem der Kettenduldungen ist damit weiterhin ungelöst.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4286](#)

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im November 2010

Abgefragt werden die monatlichen von Rechtsextremisten begangenen Straftaten, um die Öffentlichkeit frühzeitig über die Entwicklung dieser Straftaten zu informieren und aktuelle Gefährdungspotentiale aufzuzeigen. Für Opfergruppen, die Medien, Wissenschaftler, jüdischen Organisationen und Verbände et. bieten diese monatlichen Kleinen Anfragen mittlerweile eine wichtig gewordene Orientierung.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/4380](#) vor.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4279](#)

Verlustverrechnung und Mindestbesteuerung in der Unternehmensbesteuerung

FDP und Union haben bereits im Koalitionsvertrag festgelegt, dass sie die Konzernbesteuerung reformieren wollen. Zentral wollen sie dabei die Möglichkeiten zur Verlustverrechnung zwischen Tochter- und Mutterunternehmen neu regeln, was mit erheblichen Risiken für die Steuereinnahmen verbunden ist. Inzwischen wird hier auch Änderungsbedarf aus der Rechtsprechung von Europäischen Gerichtshof und Bundesfinanzhof abgeleitet. DIE LINKE fragt nach zu Reformplänen und deren Auswirkungen.

22.12.2010

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4266](#)

Unterstützung der Münchner Sicherheitskonferenz 2011 durch Bundeswehr und Bundesmittel

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz treffen sich Kriegsstrategen vor allem aus der westlichen Welt. Sie dient der Legitimierung kriegerischer „Sicherheits“-Politik. In München finden regelmäßig größere Proteste gegen das Treffen statt, das jedoch mit Hunderttausenden Euro vom Staat bezuschusst wird, auch die Bundeswehr erfüllt Dienstleistungen für die Konferenzveranstalter.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4257](#)

Zusammenarbeit zwischen deutschen und niederländischen Rechtsextremisten

Seit einigen Jahren besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen deutschen und niederländischen Rechtsextremen. Aufgrund der Schwäche der niederländischen Neonaziszene spielen deutsche Neonazis die Rolle eines Aufbauhelfers. Niederländische Neonazis beteiligen sich aber auch an Demonstrationen in Deutschland.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/4357](#) vor.

20.12.2010

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4214](#)

Finanzierung der Umsetzung kommunaler Lärmaktionspläne gemäß EU-Richtlinie

Die Bundesregierung soll Stand und Probleme der Erarbeitung und Umsetzung von Lärmaktionsplänen darlegen. Darüber hinaus soll insbesondere die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Umsetzung von Maßnahmen der Lärmsanierung durch die Kommunen problematisiert und damit wieder stärker in die öffentliche Diskussion gerückt werden.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4213](#)

Aktuelle Berichte zur Situation des griechischen Asylsystems und Konsequenzen der Bundesregierung hieraus

Die Aufgriffe von irregulären Migrantinnen und Migranten an den griechischen Grenzen sind in diesem Jahr um über 300 % gestiegen, ein Zeichen des „Erfolgs“ der zahlreichen FRONTEX-Operationen zur Abriegelung des Mittelmeers. Beim ohnehin überlasteten griechischen Asylsystem führt das zu katastrophalen Zuständen in den Aufnahme- oder vielmehr Abschiebeeinrichtungen, die in den letzten Wochen von international anerkannten Menschenrechtsexperten begutachtet worden sind.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/4356](#) vor.

Anträge, Anfragen & Initiativen

17.12.2010

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/4172](#)

Umsetzung von Regelungen zur nachhaltigen Beseitigung von Kinderarbeit und Sklaverei auf Kakaoplantagen

Die Arbeitsbedingungen der weltweit rund 5,5 Millionen Kakaobauern sind häufig sehr schlecht und ihre Einkommen niedrig. Auf Kakaoplantagen werden Kinder zur Arbeit gezwungen, teilweise als Arbeitssklaven verkauft. Kinderhandel und Kinderarbeit sind zu verbieten. Es ist sicherzustellen, dass die in Art. 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder die in der UN-Menschenrechtscharta festgehaltenen Arbeitsrechte eingehalten werden

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/4353](#) vor.

19.01.2011

[ENTSCHLIESSUNGSANTRAG DRUCKSACHE NR. 17/4449](#)

Zum zivilen Wiederaufbau in Afghanistan

Nach neun Jahren NATO-Intervention in Afghanistan kann von Fortschritt keine Rede sein. Die soziale, wirtschaftliche und humanitäre Situation ist katastrophal. Statt Wiederaufbau finden eine Militarisierung und Eskalation statt, die besonders mit der Unterordnung von zivilen Projekten unter militärische Strategien Entwicklung sogar verhindern. DIE LINKE fordert einen Abzug der Bundeswehr und die Umwidmung eines Teils der Mittel für Militärausgaben für zivile und friedenspolitische Maßnahmen.

[ENTSCHLIESSUNGSANTRAG DRUCKSACHE NR. 17/4448](#)

12. Sportbericht der Bundesregierung

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle gleichermaßen Zugang zum Sport haben. Gerade die problematische Situation bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund sowie aus einkommensschwachen Haushalten und bei Mädchen wird im 12. Sportbericht der Bundesregierung nur unzureichend dargestellt. Die Zugangshemmnisse und -möglichkeiten dieser Personengruppen sollen darum künftig in einem eigenen Kapitel behandelt werden.

17.12.2010

[ENTSCHLIESSUNGSANTRAG DRUCKSACHE NR. 17/4254](#)

Entschließungsantrag zum Flächenerwerbsänderungsgesetz Drs. 17/3183

Die Verkaufspolitik der BVVG bezügl. landwirtschaftl. Flächen soll verändert und die Flächenprivatisierung zugunsten langfristiger Verpachtung gestoppt werden. Alteigentümer dürfen nicht benachteiligt, jedoch auch nicht bevorteilt werden.

17.12.2010

[ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/4271](#)

Keine Unterstützung für die völkerrechtswidrige Besatzungspolitik Marokkos in der Westsahara

Die Bundesregierung wird aufgefordert, der permanenten Verletzung des Völkerrechts und der Menschenrechte nicht tatenlos zuzusehen, sondern Konsequenzen zu ziehen. Sie soll sich in der EU für die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Marokko, des „fortgeschrittenen Status“ der Beziehungen Marokkos zur EU und für die Nichtverlängerung des EU-Fischereiabkommens mit Marokko einsetzen.

Fraktion vor Ort auf der
Grünen Woche 2011:

Geschlechtergerechte Agrarförderungspolitik – damit Brüssel die Frauen nicht vergisst!

Podiumsdiskussion

Donnerstag, **27. Januar 2011**,
15–18 Uhr, ICC, Salon Sauerbruch,
Messedamm 22, 14055 Berlin

Mit den MdB **Cornelia Möhring**
und **Kirsten Tackmann**, mit
Udo Folgart, **Sonja Moor**
und weiteren Gästen

Besuchen Sie unseren
Stand 228 in Halle 6.2b

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Weitere Informationen unter
www.linksfraktion.de



Sabine Stüber

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de



Wahlkreisbüro Eberswalde
Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau
Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de



Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde
Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

Diana Golze

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de



Wahlkreisbüro Rathenow
Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig
Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Bürgerbüro Brandenburg
Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog
Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Dr. Kirsten Tackmann

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de



Wahlkreisbüro Kyritz
Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Dr. Dagmar Enkelmann

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkemann@bundestag.de



Wahlkreisbüro Bernau
Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 –
17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg
Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkemann@wk.bundestag.de

Wolfgang Nešković

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de



Wahlkreisbüro Cottbus
Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de

Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum
komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild!
Der nächste Bundestagsreport erscheint am 28.01.2011



Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: thomas.nord@bundestag.de